

KOMMENTAR



Christoph Reiterer
über das Polit-Gezank rund um die Justizanstalt Sonnberg.

Doch nicht so interessant?

Es liegt in der Natur der politischen Sache, dass man als Freiheitlicher im ÖVP-dominierten Bezirk eher selten herzlich empfangen wird. Da kommt es schon mal vor, dass der FPÖ-Abgeordnete bei festlichen Veranstaltungen im Bezirk „vergessen“ wird. Das ist nicht immer korrekt. Die Beschwerde darüber, nicht zur Infoveranstaltung rund um die Justizanstalt Sonnberg und ihre womöglich bald „abnormen“ Insassen geladen worden zu sein, erscheint jedoch ein wenig wehleidig.

Vielleicht ist diese Annahme blauäugig, aber grundsätzlich sollte jeder gewählte Mandatar über die wesentlichen Entscheidungsprozesse in seiner Gemeinde Bescheid wissen. Woher er seine Infos bezieht, ist dem Wähler wurscht. Es sei denn, diese Informationen werden bewusst zurückgehalten. Das war beim Sonnberger Treffen nicht der Fall. Da verwundert es schon eher, dass sich bis auf den Bürgermeister überhaupt nur zwei der 36 Gemeindevandatare für das Gespräch mit Vollzugsgeneral Prechtl Zeit nahmen. Auch, wenn es „nur“ ums kleine Sonnberg ging.
c.reiterer@noen.at

HERR LEOPOLD



Arme Neffen des reichen Onkels ...

Wennst drauf gewettet hättest, dass es beim Stronach einmal wegen fehlender Budget-Mittel zu internen Unruhen kommt, wärst reich geworden ...



Boris Ginner und Jakob Winter zeigen den Rechten die Zähne. „Nicht wir, sondern die FPÖ betreibt mit ihren Comics Hasspropaganda, in denen Jugendliche eine „Haße“ spendiert bekommen, wenn sie „dem Mustafa“ eine „aufbrennen“. Aber die Opfer-Täter-Umkehr war ja immer schon eine beliebte Strategie der Rechtsrechten.“
Fotos: zVg



SJ-Kampagne regt Lausch (FPÖ) auf

Antifaschismus-Parolen | „Hetzpropaganda“ der Sozialistischen Jugend sei auch an Hollabrunner Volksschulkinder ergangen.

Von Christoph Reiterer

HOLLABRUNN | „Eine solche Hasspropaganda an unsere Kinder ist von der Bevölkerung in Hollabrunn nicht gewünscht“, betont Hollabrunns FPÖ-Parlamentarier Christian Lausch. Stein des Anstoßes ist eine Verteilaktion der Sozialistischen Jugend (SJ). Eine der Botschaften: „Wer das Kreuz bei Strache macht, muss wissen, dass es einen Haken hat ...“

Es sei inakzeptabel, einen politischen Mitbewerber mit derartigen Methoden zu diffamieren und ihm strafbares Gedankengut zu unterstellen, sagt Lausch. Diese „Hetzpropaganda“ sei außerdem auch Volksschülern in die Hände gefallen. Mehrere besorgte Eltern und Großeltern hätten bereits mit den Freiheitlichen Kontakt aufgenommen, so der FPÖ-Bezirkschef, der auch die Bezirks-SPÖ auffordert, Stellung zu beziehen. Denn: „Es ist wirklich ein Skandal, dass die Jugendorganisation der SPÖ unseren Kindern solchen Schmutz in die Hände drückt. An Kinder, die gerade le-

sen lernen, sind solche Hassschriften falsch adressiert.“

SJ-Landessekretär Jakob Winter bestätigt indes, dass es die Antifaschismus-Kampagne „Den Rechten die Zähne zeigen“ im Vorfeld der Befreiungsfeiern im ehemaligen KZ Mauthausen auch heuer in allen größeren Schulstädten Österreichs gibt. Hintergrund sei die seit Jahren steigende Zahl rechtsextremer Straftaten. Und man wolle aufzeigen, welche Einschnitte es für die Jugend gab, als Strache in der Regierung war.

„Wir lassen uns unser Recht nicht verbieten“

Die SJ fordert die Wiederaufnahme des Rechtsextremismus-Berichtes, der 2002 unter der schwarz-blauen Regierung abgeschafft wurde. Nach deutschem Vorbild soll außerdem ein Programm zur Ausstiegshilfe aus der rechtsextremen Szene eingerichtet werden.

Bei den Flyern, die letzte Woche in Hollabrunn am Kirchenplatz verteilt wurden, handle es sich keineswegs um Hasspropa-

ganda. „Im Gegenteil“, sagt SJ-Landesvorsitzender Boris Ginner, „Aufklärungsarbeit gegen Rassismus und fremdenfeindliche Stimmungsmache zählt zu unseren Kernaufgaben. Unser demokratisches Recht, öffentlich aufzutreten, lassen wir uns von einer FPÖ nicht verbieten.“

An Volksschulkinder seien keineswegs Flugzettel verteilt worden, sondern an die HAK-Schüler und die Oberstufenschüler des Gymnasiums. Möglich sei aber, dass sich einzelne Kinder am öffentlich zugänglichen SJ-Stand bedient haben. „In einer demokratischen Gesellschaft sollte es aber unsere geringste Sorge sein, wenn sich unter 16-Jährige politisch interessieren“, meint Ginner.

Hollabrunns SPÖ-Junggemeinderat Friedrich Dechant betont zwar, dass die SJ weitgehend autonom sei, will sich aber von der bewussten Provokation nicht distanzieren. „Wenn man ehrlich ist und bedenkt, wie viele FP-Politiker am rechten Rand unterwegs sind, muss man sagen: Die sollen vor ihrer eigenen Türe kehren.“